

Solidarität kennt keinen Feierabend

Rede zum Infofeierabend FLUCHTpunkt 2017-07-05

Frauke Schacht

Vielen Dank, dass Sie heute alle gekommen sind. Vielen Dank auch für die Unterstützung, die Sie FLUCHTpunkt oft schon seit Jahrzehnten zukommen lassen.

Die Zeiten sind rauer geworden. Der sogenannte „Sommer der Migration“, wie die Migrations- und Fluchtbewegungen 2015 bezeichnet wurden und der dabei, unmittelbar an eine als „Willkommenskultur“ bezeichnete Welle der Solidarität gegenüber Menschen auf der Flucht gekoppelt war, weist gegenwärtig wieder eisige Züge auf.

Während noch vor einiger Zeit Abschiebungen nach Afghanistan undenkbar gewesen wären, gehören sie heute zum Alltag des Kampfes um ein Bleiberecht. Im Jahr 2016 zählten laut UNHCR über 65 Millionen Menschen weltweit als „displaced persons“. Und die meisten blieben und bleiben bis heute in den Ländern außerhalb der Europäischen Union. Laut Pro Asyl erreichten 2016 nur knapp 3 % der Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befanden auf der Suche nach Schutz über See- oder Landwegen überhaupt die EU.

So gehörten 2016 zu den drei größten Aufnahmeländern die Türkei, Pakistan und der Libanon. Vor diesem Hintergrund wirken die nun seit 2015 anhaltenden – teilweise nahezu hysterischen - Debatten, um Obergrenzen, Kontrollen und Grenzsicherung fast schon zynisch. Während die Argumentation bezüglich der zunehmenden Restriktionen im gegenwärtigen Migrations- und Grenzregime um das Schlagwort: Sicherheit aufgebaut wird, bleibt der Kern gegenwärtiger Mobilitätsphänomene meist unterbelichtet.

Die Eskalation ökonomischer Konflikte und sozialer Krisen zu Kriegen, die oft eigenen ethnisierten und religiösen Logiken folgen, erscheint unter kapitalistischen Bedingungen als systemische Notwendigkeit. Ebenso notwendig erscheint es, dass Menschen sich entscheiden, auf die verflochtenen Folgen von Krisen und Krieg mit einer ›eigensinnigen‹ Mobilität zu reagieren: mit Flucht und Auswanderung, mit Praktiken der Migration, die eine wirkliche soziale Bewegung hervorbringen. Sie heben den jetzigen Zustand nicht auf, sondern versuchen, sich seinen Folgen zu entziehen und dem eigenen Wunsch auf ein besseres Leben zu folgen.

Zu einem wesentlichen Teil ist diese Mobilität eine eigensinnige Reaktion auf die dramatischen Folgen neoliberaler Globalisierung, die als jüngste kapitalistische Expansionsphase verstanden werden muss.

Was staats- und kapitalnahe ExpertInnen heute fordern, ist nichts anderes als ein System ›globaler Apartheid‹: Die überwiegende Mehrheit subalterner Bevölkerungen soll in ihren ›Herkunftskontexten‹ räumlich fixiert werden, während die Mobilität nützlicher Gruppen durch Pässe, Visa und Grenzen selektiv in Wert gesetzt, also profitabel gemacht wird.

Der gewollte Effekt ist, dass die meisten Menschen im globalen Süden unmenschlichen Lebensbedingungen nur schwer entkommen können. ›Migrationsmanagement‹ zielt darauf ab, zu verhindern, dass scheiternde und ungleiche Akkumulation und damit verbundene soziale Krisen und Kriege aus peripheren Räumen in den globalen Norden ›überschwappen‹. Erst eine solch selektive Blockade ermöglicht es den Eliten und Bevölkerungen im Norden, ihre ›imperiale Lebensweise‹ zu genießen, die notwendigerweise darauf beruht, deren soziale, ökologische und ökonomische Kosten zu externalisieren und die so im globalen Süden erzeugten Lebensbedingungen zu ignorieren.

Der Nachfolger von Ulrich Beck an der Ludwig – Maximilians- Universität in München – Stephan Lessenicht, hat vor kurzem in seinem Buch „Neben uns die Sinnflut“. ...genau auf diese globalen Ungleichsverhältnisse hingewiesen. „Uns im Westen, so Lessenicht, geht es gut, weil es den meisten Menschen anderswo schlecht geht. Wir lagern systematisch Armut und Ungerechtigkeit aus, im kleinen wie im großen Maßstab. Und wir alle verdrängen unseren Anteil an dieser Praxis.

All das ist nichts Neues. Es sind leider auch keine Erkenntnisse, die diese Umstände – hat man sie einmal durchblickt – einfach so einer Veränderung unterziehen könnten. Letztlich handelt es sich um eine seit Jahrhunderten wirksame Geschichte, die den globalen Norden als überlegenen Akteur im politischen Weltverhältnis konstituiert.

Diese ungleiche Verteilung von Chancen und Risiken muss systematisch in die Überlegungen rund um die Thematik „Flucht und Migration“ einbezogen werden, um gegenwärtige Mobilitätsverhältnisse bzw. deren Hierarchisierungen adäquat erfassen zu können.

Und doch scheint sich bei aller Kontinuität im Kontext globaler Ungleichheitsverhältnisse seit dem „Sommer der Migration“ etwas gewandelt zu haben. Menschen haben gegen alle Regulations- und Abschottungsversuche ihr Recht auf Bewegungsfreiheit eingeklagt. Sie haben sich aktiv gegen die Repressionen und unmenschlichen Lebensbedingungen gewehrt. Das neue daran sind allerdings nicht die Kämpfe der Menschen selbst- die auch schon Jahre zuvor geführt wurden - sondern die gestiegene öffentliche und mediale Aufmerksamkeit, die ihnen zukam.

Die Kämpfe der Migration gewannen täglich an Dynamik. Es gelang, durch Märsche und das Ringen um Bewegungsfreiheit, die Widersprüche des europäischen Grenzregimes zum Vorschein zu bringen und selbstbestimmte Mobilität durchzusetzen. Der Druck konnte sogar soweit aufgebaut werden, dass

das vielkritisierte Dublin System de facto – wenn auch nur für einen gewisse Zeit – außer Kraft gesetzt wurde.

Der Protest speist sich dabei allerdings nicht nur aus den sichtbaren Kämpfen, wie sie in den zahlreichen Aktionen seitens geflüchteter AktivistInnen zum Ausdruck kamen und kommen, sondern gerade auch durch die weniger spektakulären, alltäglichen und häufig unsichtbaren Kämpfe etwa um Arbeit, Aufenthalt und Bewegungsfreiheit im Zuge derer der herrschende Status Quo infrage gestellt wird.

Wie der „Sommer der Migrationen“ mehr als deutlich gemacht hat, nehmen sich die Menschen ihr Recht auf Flucht und Bewegungsfreiheit, überqueren mangels legaler Möglichkeiten auch irregulär die europäischen Grenzen und versuchen im Schengen-Raum das Dublin-System zu umgehen, um an einem Ort ankommen zu können, der ihnen mehr als das bloße Überleben ermöglicht. Wenn auch diese Migrationen nicht zu einer gezielt organisierten und als solche sichtbaren Protestbewegung gehören, so können die Grenzübertritte doch als Akte eines zivilen Ungehorsams verstanden werden, durch welche Gesetze und herrschende migrationspolitische Ordnungen infrage gestellt werden.

Trotz der gegenwärtigen massiven Verschärfungen und erneuten Restriktionen im europäischen Grenz- und Migrationsregime sehe ich genau in dieser Eigensinnigkeit der Migration, in ihren Praktiken auch gegen gegebene Widerstände, die Hoffnung, dass diese Kämpfe weitergehen.

Ich halte es daher für zentral, sich konsequent mit Menschen solidarisch zu zeigen, die ihre Rechte einklagen – sei es das Recht auf Bewegungsfreiheit, das Recht zu bleiben oder das Recht auf Arbeit und Bildung.

Ein gutes Beispiel für eine solche solidarische Grundhaltung - die ich auch als gegenhegemoniale, politische Strategie begreife - sind die sogenannten „Sanctuary Cities“ - Zufluchtsstädte - die in Nordamerika unter anderem Städte

wie Toronto, Los Angeles und New York umfassen und zu denen in Europa unter anderem Barcelona, sowie Frankfurt am Main und Hannover zählen.. Diese Zufluchtsstädte bestehen aus einem inzwischen weltweit-agierenden Netzwerk von Städten und Gemeinden, die allen Bewohnern Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen gewährleisten wollen und sich beispielsweise weigern, Repressionen gegen als „illegal“ bezeichnete Einwanderer auszuüben oder an Abschiebungen mitzuwirken. Es ist also auch möglich im Kleinen – auf lokaler, städtischer Ebene- etwas zu bewegen und gemeinsam bestehende Ungleichheitsverhältnisse zu transformieren.

Diese Solidarität im Kampf um globale Bewegungsfreiheit und all die damit verbundenen Rechte halte ich dabei nicht nur für ethisch geboten, sondern letztlich auch für strategisch notwendig, um globale Kräfteverhältnisse im emanzipatorischen Sinne zu verschieben. Dies wiederum ist eine Bedingung dafür, die Ursachen kapitalistischer Krisen und Kriege endlich aufzuheben.

Ich hoffe und denke, dass FLUCHTpunkt auf lokaler Ebene dazu einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Die solidarische Haltung gegenüber den Menschen, die FLUCHTpunkt aufsuchen, die Versuche für ihre Bedürfnisse gemeinsam mit ihnen einzutreten und sich gegen Repression und Abschiebung zu wehren, bildet einen zentralen Bestandteil der Arbeit, der sich FLUCHTpunkt verpflichtet fühlt.

Ich hoffe, dass wir auch in Zukunft weiterhin dieser Arbeit nachgehen können und danke allen, die ihren Beitrag dazu leisten und uns unterstützen.